

383/J XXIV. GP

Eingelangt am 04.12.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Dr. Haimbuchner
und Kollegen

an den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten
betreffend Maßnahmen zur Beseitigung menschenrechtswidriger Bestimmungen,
Sicherstellung von Restitutionsen und Verhinderung von ethnischen Diskriminierungen im
Zusammenhang mit altösterreichischer Volksdeutscher Gruppen in Ost- und Südosteuropa

Im neuen Regierungsprogramm befinden sich keinerlei Absichtserklärungen in Bezug auf
Handlungen zur Vertretung der 330 000 altösterreichischen deutschen Heimatvertriebenen,
dazu zählen 160 000 Sudeten- und Karpantendeutsche, 150 000 Donauschwaben und 20 000
Deutsch-Untersteirer und Gottscheer Deutsche.

Die Benes-Dekrete und die AVNOJ-Bestimmungen bildeten in den damaligen Staaten
Tschechoslowakei und Jugoslawien die Grundlage für die Aberkennung der
Staatsbürgerschaft, der gewaltsamen Vertreibung und der entschädigungslosen Einteignung.
Laut dem Völkerrechtsexperten Felix Ermacora erfüllen diese Vertreibungen, aufgrund der
zahlreichen in deren Zuge verübten Gewaltexzesse, den Tatbestand des Völkermordes. Das
Straffreistellungsgesetz Nr. 115 der damaligen Tschechoslowakei stellt bis zum heutigen
Tage einen Affront gegenüber den Opfern dieses Völkermordes dar.

Trotz zahlreicher Bemühungen von Seiten der Vertriebenenverbände und der FPÖ her und
ständiger Beteuerungen durch die österreichische Regierung konnte bis heute keine
befriedigende Lösung in Bezug auf die menschenrechts- und EU-Rechtswidrigen Dekrete und
Bestimmungen erreicht werden. Im Gegenteil sowohl beide Parlamente der tschechischen
als auch der slowakischen Republik haben eine Unantastbarkeitserklärung der Benes-
Dekrete verabschiedet. Durch die österreichische Regierung erfolgte keine Verurteilung
dieser Schritte, welcher einer Lösung im Sinne eines friedvollen und versöhnten Europas im
Wege stehen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigenden Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten nachstehende

ANFRAGE

1. Welche Maßnahmen wurden durch Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine Abschaffung der menschenrechtswidrigen Benes-Dekrete zu erwirken?
2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine Abschaffung der menschenrechtswidrigen Benes-Dekrete zu erwirken?
3. Welche Maßnahmen wurden durch Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine Abschaffung der menschenrechtswidrigen AVNOJ-Bestimmungen zu erwirken?
4. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine Abschaffung der menschenrechtswidrigen AVNOJ-Abstimmungen zu erwirken?
5. Welche Maßnahmen hat Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine Aufhebung des Straffreistellungsgesetzes Nr. 115 zu erwirken?
6. Welche Maßnahmen hat Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine moralische Rehabilitation der Opfer durch die betroffenen Regierungen zu erreichen?
7. Welche Maßnahmen hat Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine Nichtdiskriminierung der Heimatvertriebenen in Fragen der Vermögensrestitution zu erreichen?
8. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine Aufhebung des Straffreistellungsgesetzes Nr. 115 zu erwirken?
9. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine moralische Rehabilitation der Opfer durch die betroffenen Regierungen zu erreichen?
10. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine Nichtdiskriminierung der Heimatvertriebenen in Fragen der Vermögensrestitution zu erreichen?
11. Welche Maßnahmen hat Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine Verurteilung der Unantastbarkeitserklärung des tschechischen Parlaments zu erreichen?
12. Welche Maßnahmen hat Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine Verurteilung der Unantastbarkeitserklärung des slowakischen Parlaments zu erreichen?
13. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine Verurteilung der Unantastbarkeitserklärung des tschechischen Parlaments zu erreichen?

14. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine Verurteilung der Unantastbarkeitserklärung des slowakischen Parlaments zu erreichen?
15. Welche Maßnahmen hat Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine Novelle des kroatischen Restitutionsgesetzes zu erreichen?
16. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine Novelle des kroatischen Restitutionsgesetzes zu erreichen?
17. Welche Maßnahmen hat Ihre Amtsvorgängerin ergriffen, um eine ethnisch bedingte Diskriminierung altösterreichischer deutscher Minderheiten in Ost- und Südosteuropa zu verhindern?
18. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine ethnisch bedingte Diskriminierung altösterreichischer deutscher Minderheiten in Ost- und Südosteuropa zu verhindern?